

Nr. 2095/J

II-4088 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1991 -12- 05

A n f r a g e

der Abgeordneten Freund, Molterer, Schuster, Auer
und Kollegen
an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und
Konsumenschutz
betreffend Entschädigungssätze bei einer Infektion mit der
Rinderseuche IBR/IPV

Ein rinderhaltender Betrieb, bei dem eine Infektion mit der Rinderseuche IBR/IPV festgestellt wird, ist gesetzlich dazu gezwungen diese Tiere auszumerzen. Eine solche Maßnahme stellt oft einen existentiellen Einschnitt in die Produktion und die finanzielle Gebarung eines Betriebes dar. Besondere Härten entstehen in jenen Fällen, wo eine Herde von Milchkühen von dieser Krankheit befallen ist. Zum Verlust der Tiere kommt auch noch der Ausfall der Milchproduktion und der Wegfall der Kälberproduktion. In solchen Fällen entsteht für die Betriebe eine Existenzkrise, aus der sie sich ohne fremde Hilfe meist nicht befreien können, weil der Bestandsaufbau einer Milchviehherde große finanzielle Mittel benötigt.

Die für eine Entschädigung vorgesehenen Bundesmittel betragen öS 2.850,-- als Grundprämie und einen Zuschlag von öS 950,-- für Zuchttiere je Stück. Durch diesen Betrag ist in den angesprochenen Fällen nur ein Bruchteil des angefallenen Schadens abgegolten.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen die Tragweite, die die Rinderseuche IBR/IPV insbesondere für einen Milchviehbetrieb bedeutet, bekannt?
- 2) Halten Sie die derzeitigen Entschädigungssätze für ausreichend?
- 3) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß zusätzliche Mittel speziell für milcherzeugende Betriebe, deren Tiere von der Seuche befallen sind, als Entschädigungsleistung bereitgestellt werden?
- 4) Wieviele Betriebe waren in den letzten drei Jahren von dieser Krankheit betroffen?
- 5) Wie hoch sind die Bundesmittel, die dafür aufgewendet wurden?
- 6) Wie hoch schätzen Sie die Kosten für die Bauern, deren Rinder durch diese Krankheit betroffen sind, ein?
- 7) Sind Sie bereit, dafür einzutreten, daß die Kosten für die gesetzlich vorgeschriebene periodische Rinderuntersuchung zur Feststellung von Krankheiten und Seuchen nicht mehr alleine den Bauern angelastet werden, sondern diese im Sinne der volkswirtschaftlichen Bedeutung durch den Bund übernommen werden?